

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 12 · 5. September 2006 · www.cducusu.eu



Konfrontationskurs Warschau schadet Polen

Für eine substantielle Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen haben sich die Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Hartmut Nassauer (CDU) und Markus Ferber (CSU) anlässlich des Besuchs des polnischen Premierministers in Brüssel ausgesprochen. Es reiche nicht aus, wenn der polnische Premierminister einen einseitigen Konfrontationskurs gegen Europa im Allgemeinen und gegen Deutschland im Besonderen fahre, erklärten die Gruppenvorsitzenden in Brüssel: „Polen ist viel zu wichtig, als dass es sich auf eine reine Abwehrhaltung zurückziehen sollte. Es liegt vielmehr im Interesse aller, wenn sich Polen auf allen Gebieten konstruktiv einbringt, um zu gemeinsamen Lösungen zu kommen“.

Inhalt

Elmar Brok:
Libanon
Seite 2

Andreas Schwab:
Mehr Transparenz
Seite 3

Ruth Hieronymi:
Mediendienste
Seite 4

Markus Ferber:
Verkehrspolitik
Seite 5

ELMAR BROK:

Klare Anforderungen an UN-Friedensmission für den Libanon

AM ENDE DER UN-MISSION MUSS UMFASSENDE FRIEDENSLÖSUNG FÜR GESAMTEN NAHEN OSTEN STEHEN

Klare Anforderungen an die UN-Friedensmission für den Libanon stellt der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, Elmar Brok. „Dazu gehört zum einen die Einhaltung des Waffenstillstands einschließlich einer Entwaffnung der Hisbollah und zum anderen schnelle humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in der Region“, so Brok in Brüssel.

Am Ende der UN-Mission müsse eine umfassende Friedenslösung für den gesamten Nahen Osten stehen. Die Europäische Union werde hier ihrer Verantwortung für den Friedensprozess gerecht, indem sie einen erheblichen Teil der Truppen für UNIFIL Plus stellt und zudem das Kommando der Friedensmission in Gestalt von Frankreich und Italien übernimmt. „Der Erfolg und die Akzeptanz dieser Mission hängen aber entscheidend von einer genauen Definition ihres Mandats, ihrer Struktur und ihrer Kompetenzen durch den UN-Sicherheitsrat ab. Auch hier formuliert der vom Auswärtigen Ausschuss formulierte Resolutions-



Elmar Brok MdEP

entwurf deutliche Erwartungen“, so Brok weiter.

Der Ausschussvorsitzende betonte, dass die humanitären Mindestanforderungen des Völkerrechts von allen Seiten, einschließlich Israels und der Hisbollah, zu akzeptieren seien. Dazu gehören neben einer Aufhebung der Blockade von Hilfs-

gütern die freie Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimatgebiete sowie der ungehinderte Zugang von humanitären Hilfskräften. Wichtig sei zudem die schnelle Mobilisierung aller verfügbaren Finanzmittel für den Wiederaufbau. „Jeder Tag, der ungenutzt verstreicht, ist ein Tag zuviel. Parlament und Rat sind hier als Haushaltsbehörde ebenso wie die Kommission gefragt, kreative Lösungen zu finden“, betonte Brok. Der Vorsitzende rief abschließend dazu auf, die Lage im Libanon nicht isoliert vom gesamten Nahen Osten zu sehen: „Letztlich müssen auch Syrien und der Iran ihren Beitrag zu einer Friedenslösung leisten und dabei eine konstruktive Rolle spielen als bisher“.

ANDREAS SCHWAB:

Mehr Transparenz und Bürgernähe in der EU

NEUER BERICHT IM PETITIONSAUSSCHUSS FORDERT MEHR PRÄSENZ DES
EU-BÜRGERBEAUFTRAGTEN UND BESSEREN INTERNETAUFTRITT

Die Europäische Union soll bürgernäher werden. Dazu schlägt der Europaabgeordnete für Südbaden Andreas Schwab (CDU) in seinem neuen Bericht, der im Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments beraten wird, eine Reihe konkreter Maßnahmen vor. So soll die Zusammenarbeit des Europäischen Bürgerbe-

auftragten mit den nationalen Bürgerbeauftragten verstärkt werden. Schwab: „Der Europäische Bürgerbeauftragte hat im Jahr 2005 genau 3920 Beschwerden von Menschen aus der gesamten EU bekommen – das sind 5 Prozent mehr als im Vorjahr und die höchste Zahl an Beschwerden bisher überhaupt. Das bedeutet, dass sich immer mehr Bürger aktiv mit der Arbeitsweise der EU auseinandersetzen. Allerdings fällt ein Großteil der Anfragen nicht in den Aufgabenbereich des Ombudsmanns. Die Zuständigkeiten der Organe sind den Bürgern nicht klar“.

Als konkrete Maßnahme schlägt Schwab vor, dass der Europäische Bürgerbeauftragte verstärkt in den



Andreas Schwab MdEP

Mitgliedstaaten vor Ort präsent ist, zum Beispiel im Rahmen von Informationsveranstaltungen. Zudem müssten die Verfahren zur Behandlung von Petitionen gestrafft werden. „Wir müssen Antworten auf Bürgerbeschwerden und sonstige Anfragen schneller und effizienter machen“.

Dabei müsse in allen Institutionen der Europäischen Union auf die Beibehaltung von Deutsch als Arbeitssprache geachtet werden, so Schwab.

Deutsch muss EU-Arbeitssprache bleiben

„Wenn bestimmte Informationen nicht mehr auf Deutsch verfügbar sind, machen wir alle anderen Schritte in Richtung mehr Bürgernähe zunichte“. Damit stimmte Schwab der Kritik des Europäischen Bürgerbeauftragten zu, der beanstandet hatte, dass die Internetseiten der luxemburgischen und niederländischen EU-Ratspräsidentschaft nicht auf Deutsch verfügbar waren.

Schwab sprach sich zudem für die Einrichtung einer zentralen und leicht überschaubaren Internetseite für alle EU-Institutionen aus. „Über die Internetseite www.europa.eu gelangt man zwar zu allen drei Institutionen – aber nur auf Umwegen“. „Ein einfaches Internetportal, unter dem das Europäische Parlament, die Kommission und der Ministerrat unter einer gemeinsamen Internetadresse erreichbar sind,

wäre ein ganz konkreter Schritt in Richtung mehr Bürgernähe“.

Der Bürgerbeauftragte wird vom Europäischen Parlament jeweils für die Dauer einer Wahlperiode ernannt. Alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union können sich mit Beschwerden über Missstände bei der Tätigkeit der Institutionen der Europäischen Union an ihn wenden.

RUTH HIERONYMI:

Die Bundesliga als Testfall – für das Fernsehen der Zukunft

EP BERÄT ÜBER RICHTLINIE FÜR AUDIOVISUELLE MEDIENDIENSTE

Der Fußball hat's gezeigt: Für die Übertragung der zukünftigen Bundesliga-Fußballrechte für das Fernsehen bewarben sich nicht mehr nur die Fernsehveranstalter, sondern mit der Deutschen Telekom und den Kabelbetreibern diejenigen, die bisher für die Übertragung und nicht für den Inhalt von Fernsehen verantwortlich waren. Möglich macht diese Entwicklung vor allem die neue digitale Technologie – z.B. das schnelle Breitband-Internet und die Mobilfunkübertragung der 3. Generation. Was ist in Zukunft noch Fernsehen? Was ist noch frei empfangbar, was



Ruth Hieronymi MdEP

wird verschlüsselt? Welche attraktiven Inhalte gibt es zukünftig nur über Pay-TV? Welche günstigen Angebote kann ich aber auch umgekehrt in Zukunft über Internet und Handy kostengünstig erhalten?

Vor dem Hintergrund all dieser Fragen wird zurzeit die Überarbeitung der EU-Richtlinie

„Fernsehen ohne Grenzen“ aus dem Jahr 1989 im Europäischen Parlament beraten. Federführend ist die CDU-Europaabgeordnete Ruth Hieronymi, die medienpolitische Sprecherin der EVP-ED-Fraktion ist und vor der Sommerpause eine sehr erfolg-

reiche Anhörung im EU-Parlament organisiert hatte.

Für die neuen Mediendienste gibt es bisher nur gemeinsames europäisches Wirtschafts-Recht. Für die Medienfragen muss sich ein Anbieter nach dem unterschiedlichen Recht in 25 verschiedenen Mitgliedstaaten richten. Diese Grenzen behindern die Informationsfreiheit, und vor allem die Entwicklung der neuen Märkte und die damit verbundenen Arbeitsplätze. Die neue „Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste“ soll sicherstellen, dass sich die Mitgliedstaaten wie bisher für Fernsehen auch für die neuen Mediendienste auf gemeinsame Mindeststandards zum Jugend- und Verbraucherschutz verständigen und dann gegenseitig das Herkunftslandsprinzip „ohne Grenzen“ akzeptieren.

Die CDU/CSU teilt grundsätzlich diesen Ansatz der Kommission zur Modernisierung des europäischen Fernsehrechts, fordert aber weitere

Klarstellungen vor allem zum Anwendungsbereich der Richtlinie.

Die von der Kommission vorgeschlagene Legalisierung von Produktplatzierung sieht die CDU/CSU sehr kritisch, denn durch dieses Werbeinstrument wird die grundsätzliche Trennung von Werbung und redaktionellem Inhalt aufgehoben.

Ruth Hieronymi fordert deshalb, dass Product-Placement, sollte es sich nicht verhindern lassen, nur auf Kino- und Fernsehfilme sowie auf Sportberichterstattung beschränkt wird und strenge Transparenzregeln vorgeschrieben werden. Dazu gehört die ausführliche Erläuterung zu Beginn und am Ende der Sendung und mindestens ein Signalhinweis alle 20 Minuten während der Sendung, um den Nutzer auf die Produktplatzierung aufmerksam zu machen.

Im Dezember will das Parlament in erster Lesung über den Gesetzentwurf abstimmen.

MARKUS FERBER:

Autofahrer nicht noch stärker belasten

EU-KOMMISSION ERWÄGT GENERELLE LICHTPFLICHT FÜR AUTOS
UND NEUE ABGAS-VORSCHRIFTEN

Der Vorsitzende der CSU-Europa-Gruppe und Mitglied im Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments, Markus Ferber, hat sich gegen eine Pflicht für Autofahrer zur Nutzung des Abblendlichts auch bei Tag ausgesprochen. Spezielle Tag-

fahrlicher seien dagegen ein Weg zur Verbesserung der Verkehrssicherheit. „Voraussetzung ist, dass den deutschen Autofahrern dabei keine zusätzlichen Kosten aufgebürdet werden“, sagte Ferber. Die EU-Kommission hatte vor kurzem eine

Konsultation zu dieser Frage eröffnet.

Ferber betonte, bei einer Nutzung des regulären Abblendlichts könnten andere Verkehrsteilnehmer unter Umständen geblendet werden. „Das Abblendlicht bei Tag ist nicht unproblematisch“, sagte Ferber. Für den Fall, dass einer der beiden Schweinwerfer kaputt

ist, sei es zudem schwerer, diese Autos von Motorrädern zu unterscheiden, die generell mit Licht fahren müssen.

Eine Lösung seien spezielle Tagfahrlichter, die etwas schwächer sind als das normale Abblendlicht. Diese könnten in alle Neuwagen eingebaut werden. „Eine Umrüstung von bereits zugelassenen Fahrzeugen wäre dagegen teuer und würde die Autofahrer nur zusätzlich belasten“, so Ferber.

Gegen höhere Kosten für die Autofahrer

Als erstaunlich bezeichnete Ferber den jüngsten Kommissionsvorstoß für eine Gesetzesinitiative zur verpflichtenden Absenkung des CO₂-Ausstoßes durch die europäische Autoindustrie. „Die EU-Kommission muss sich fragen lassen, welche politischen Vorgaben sie eigentlich für die Autohersteller machen will. Es kann jedenfalls nicht sein, dass der Verkehrskommissar die passive



Markus Ferber MdEP

und aktive Sicherheit der Fahrzeuge weiter erhöht und der Umweltkommissar gleichzeitig den Flottenverbrauch sowie den Schadstoffaustausch immer schneller absenken will. Hier besteht ein Zielkonflikt, den die Kommission erst einmal auflösen sollte, bevor sie ständig neue Vorgaben anstrebt“, er-

klärte Ferber in Brüssel.

Es sei klar, so der Vorsitzende weiter, dass immer ausgefeiltere Sicherheitssysteme nicht zum Nulltarif zu haben seien. „Mehr elektronische Schutzsysteme brauchen Strom und mehr aktive und passive Sicherheit bringen Gewicht. Das ist ohne einen gewissen Spritverbrauch und die damit verbundenen Schadstoffe nicht zu haben“, erklärte Ferber. Tatsache sei zudem, dass die Hersteller sowohl den Flottenverbrauch als auch den Schadstoffausstoß ihrer Fahrzeuge in den vergangenen Jahren bereits erheblich reduziert hätten. Gleichzeitig sinke dank der immer besseren Sicherheit der Fahrzeuge die Zahl der Verkehrstoten in Mitgliedstaaten wie Deutschland kontinuierlich. „Diese Entwicklungen kosten aber Zeit und Geld. Deshalb kann die Kommission hier aus meiner Sicht nicht einfach per ordre de mufti irgendwelche unausgegorenen Neuvorgaben machen, die letztlich zu höheren Preisen und Mehrkosten für die Kunden führen“, betonte Ferber.

kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

■ Finnische Ratspräsidentschaft stellt Programm vor

Nach Österreich hat Finnland von Juli bis Dezember 2006 die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union übernommen. Dazu stellte der finnische Ministerpräsident **Matti Vanhanen** Anfang Juli die Prioritäten der finnischen Präsidentschaft vor. In einer Rede vor dem Plenum des Europäischen Parlaments unterstrich Vanhanen, Finnland werde sich für mehr Transparenz und Offenheit der EU-Institutionen einsetzen. Als einen Schwerpunkt der finnischen Ratspräsidentschaft nannte Vanhanen zudem die Sicherung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Dies könne nur durch eine Weiterentwicklung des Binnenmarktes und durch Innovationen in Forschung und Energie erreicht werden. So werde sich Finnland für einen Abschluss wichtiger Gesetzgebungsvorhaben wie die neue Chemikaliengesetzgebung REACH, das 7. Forschungsrahmenprogramm, und die Dienstleistungsrichtlinie einsetzen.

Der Fraktionsvorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering** (CDU) erklärte, er erwarte von Finnland eine effiziente und professionelle Präsidentschaft, die solide Arbeit für die Europäische Union leisten werde. Als besonderes Anliegen an die finnische Ratspräsidentschaft nannte Pöttering die Einsetzung einer hochrangigen Ar-

beitsgruppe mit Vertretern aus Europäischem Parlament, dem Ministerrat, sowie der Europäischen Kommission, zur Vorbereitung der „Gemeinsamen Erklärung“, die zum 50. Jahrestag der Römischen Verträge am 25. März 2007 abgegeben werden soll.

Im Hinblick auf die Beziehungen zu Russland, die ebenfalls ein wichtiges Thema der finnischen Präsidentschaft sein werden, forderte Pöttering die Präsidentschaft nachdrücklich auf, die Beziehungen zu diesem wichtigen politischen Partner auszubauen, aber sich gleichzeitig auch für die Wahrung der Menschenrechte in Russland einzusetzen. Pöttering erinnerte in diesem Zusammenhang an den Fall Mikhail Khodkovsky und dessen Behandlung in russischen Gefängnissen. „Eine Politik des Schulterklopfens ist nicht ausreichend“, erklärte Pöttering. Der EVP-ED-Fraktionsvorsitzende begrüßte die Ankündigung des finnischen Parlamentspräsidenten, Parlamentarierkonferenzen zwischen dem Europäischen und den nationalen Parlamenten zu organisieren.

■ EVP-ED-Fraktion richtet Beobachtergruppe für Slowakei ein

Nach Bildung einer neuen Regierungskoalition in der Slowakei unter Einbeziehung der rechtsextremen Slowakischen Nationalpartei (SNS) hat die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament eine Beobachtergruppe eingerichtet.

tet. Auf Anfrage der slowakischen Delegation in der EVP-ED-Fraktion soll sie die Entwicklung in der Slowakei genau verfolgen, so der EVP-ED-Fraktionsvorsitzende **Hans-Gert Pöttering** (CDU). „Wir sind besorgt darüber, dass die SNS - eine Partei mit ausländerfeindlichen und ultra-nationalistischen Ansichten über Minderheiten - jetzt Teil der Regierungskoalition ist“. Dies könne die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte der Regierung Dzurinda gefährden. „Zusammen mit dem Vorsitzenden der slowakischen Delegation in der EVP-ED-Fraktion, **Peter Stastny**, werden wir deshalb die Entwicklung in der Slowakei genau beobachten“, kündigte Pöttering an.

■ **Tunne Kelam erhält Schuman-Medaille**

Der Europaabgeordnete **Tunne Kelam** (Estland) ist mit der Schuman-Medaille der EVP-ED-Fraktion ausgezeichnet worden. Kelam ist seit der EU-Osterweiterung 2004 Mitglied der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Zuvor war er lange Jahre Mitglied im estnischen Parlament. Der Mitbegründer der nationalen Unabhängigkeitspartei im Jahr 1988 war Vorsitzender des Übergangsparlaments und Mitglied der verfassungsgebenden Versammlung Estlands in den Jahren 1991 und 1992. Kelam

zeigte sich erfreut über die Ehrung: „Ich betrachte diese Auszeichnung auch als eine Anerkennung der nationaldemokratischen Kräfte in Estland, die sich zum Ziel gesetzt hatten, den Platz Estlands in Europas wiederherzustellen“. Die Schuman-Medaille der EVP-ED-Fraktion wird seit 1986 vergeben. Zu den Preisträgern gehören Altbundeskanzler Helmut Kohl, der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker, und der frühere französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing.

■ **Religiöses Erbe in Nordzypem erhalten**

Das Europäische Parlament hat eine schriftliche Erklärung zum Erhalt von religiösen Gebäuden in Nordzypem angenommen. Eingereicht wurde die Erklärung von den beiden EVP-ED-Abgeordneten Iles Braghetto (Italien) und **Panayiotis Demetriou** (Zypem). Darin werden Kommission und der EU-Ministerrat aufgefordert, Maßnahmen zum Schutz und zur Restaurierung von Kirchen, Kapellen und Klöstern im nördlichen Teil Zypems zu treffen. Die Kommission solle diese Angelegenheit auch im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei prüfen.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle
lboehm@europarl.eu.int*

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. **Für den Inhalt verantwortlich:** Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. **Redaktion:** Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. **Herstellung:** VVA – Vereinigte Verlagsanstalten